

Xamán: Brief eines ermordeten Jungen

Die Nachricht von der Aufhebung des Urteils gegen Camilo Antonio Lacán Chaclán und die anderen, am Massaker von Xamán beteiligten Soldaten sowie die mögliche Beförderung Lacán Chacláns, ist in der Bevölkerung und der guatemaltekischen Presse auf Unverständnis gestossen. Unterdessen ist die Möglichkeit einer Beförderung jedoch dementiert worden. Im folgenden veröffentlichen wir einen Brief, den der Kolumnist Estuardo Zapeta im Namen des beim Massaker ermordeten Knaben an Lacán Chaclán geschrieben hat. Der Brief ist am 14. Dezember in der Tageszeitung *Siglo XXI* erschienen.

Mein Blut wurde - ich war knapp acht Jahre alt - bei diesem Gewaltakt vergossen, der heute Guatemala einmal mehr zur Wiege der Straflosigkeit macht. Höllische Kugeln im Kopf und in der Brust haben mich von meinem Land abgeschnitten. Mein Name ist Santiago Pop Tut und die beste Beschreibung meines Lebens wäre: Mayajunge, von der Armee ermordet, aus dem guatemaltekischen Gedächtnis verbannt und mit Straflosigkeit bestraft.

Jetzt wäre ich schon fast zwölf Jahre alt. Ich würde bald die Primarschule abschliessen, aber die Lehrbeauftragten unserer Gemeinde wurden beim Massaker von Xamán auch ermordet.

Ich schreibe Ihnen, Herr Lacán Chaclán, nicht weil ich Rache verlange, sondern um Ihnen zu sagen, dass mein Blut und dasjenige der anderen zehn Ermordeten an Ihnen, an Ihrer Familie, an Ihrem Gedächtnis und Ihrer Seele klebt. Sie wissen es schon, denn Sie haben es mehrmals gehört, wenn der gerichtsmedizinische Rapport verlesen wurde, dass eine Ihrer Kugeln mir den Arm zerstörte und dass dieselbe Kugel in meinem Schädel steckenblieb.

Erinnern Sie sich, Herr Lacán Chaclán, dass derselbe Rapport erläutert, dass ich einen Gnadenschuss in die Brust bekommen habe, ins Brustbein, um genauer zu sein und dass dieser Knochen während der Autopsie verschwand? Alles was blieb, waren Fotos von meinem zerstörten Körper. Ein paar JournalistInnen haben diese Fotos. Sie werden weiterhin meine Geschichte erzählen, die nicht nur meine ist, sondern die Geschichte tausender Mayajungen und -mädchen, welche von Ihrer Armee bei den mehr als 400 Massakern umgebracht wurden.

Alle nur möglichen Beförderungen dieser Welt, Herr Lacán Chaclán, werden Sie nicht von der Tatsache befreien, dass in Xamán zwei Kinder ermordet wurden. Das andere, ein Mädchen, wird Ihnen seinen Brief auch schicken.

Von alledem, Herr Lacán Chaclán, erstaunt mich eine Tatsache, von der wenig gesprochen wird, am meisten: Bei der Truppe, von der ich ermordet wurde, waren auch fünfzehn- und sechzehnjährige Kinder dabei, die wahr-

scheinlich mit vierzehn oder fünfzehn Jahren zum Militärdienst gezwungen wurden. So ist es, während der Hölle des Todes sah ich, als ich schon auf der Seite des Todes war, ihre Gesichter: Andere Kinder, die eine aussergerichtliche Hinrichtung an mir verübten. Aha, Sie sagen, Sie können sich nicht mehr erinnern. Und was ist mit dem Soldaten Martín Tiul Xol, der knapp sechzehnjährig war, als ihr ihn ermordet habt? Und was ist mit den beiden siebzehnjährigen, und denen, die gerade erst achtzehn geworden waren? Wann, Herr Lacán Chaclán, kamen Sie zur Armee, oder besser gesagt, wann wurden Sie dazu gezwungen, in die Armee einzutreten?

Aber hier, von der Höhe der viertausend Sterne aus, sehe ich, dass Sie nur ein Resultat der Maschinerie sind, die ihre Taten mit der Anti-Guerilla-Politik rechtfertigt. Um Ihrer Ehre und um des Blutes der in Xamán ermordeten Kinder Willen sollten Sie jede Beförderung ablehnen. Diese 'Preise' sind mit meinem unschuldigen Blut befleckt.

Sie können mich als Sozialist oder als Systemgegner verschreien. Was weiss ich schon von solchen Sachen? Was ich wollte, war leben, spielen, lernen, gross werden und arbeiten. Sie, Ihre Truppe, Ihre Kugeln haben es mir nicht erlaubt.

Welche Tapferkeit, Kinder umzubringen! Aber ich hoffe, dass noch mehr GuatemaltekinInnen von meiner Geschichte erfahren, denn wenn die Rechtsprechung sich über meine acht Jahre lustig gemacht hat und diejenigen freilässt, die mich ermordet haben, könnte das nächste Opfer die Person sein, die diesen einfachen Brief liest. Oder noch schlimmer, die Jungen und Mädchen dieser LeserInnen.

Hoffentlich ist das Guatemala, in dem Ihre Kinder aufwachsen, Herr Lacán Chaclán, nicht mehr dasselbe Guatemala, das mich ermordete und dann vergass.

Aufrichtig,
Santiago Pop Tut, von irgendwo im Himmel

Alfonso Portillo, Präsident von Guatemala

Guatemala, 26. Dezember 1999.

Nicht unerwartet wurde der Kandidat der *Republikanischen Front Guatemalas* FRG, der 48-jährige Ökonom und Anwalt Alfonso Portillo, am 26. Dezember 1999 in der zweiten Wahlrunde zum neuen Präsidenten gewählt. Mit dem Sieg der Präsident- und Vizepräsidentenschaft, der Mehrheit der Sitze im Kongress (63 von 113 Sitzen, die *Partei des nationalen Fortschritts* PAN erreichte 37, die *Allianz Neue Nation* ANN deren neun) sowie dem Ex-General Rios Montt als Kongresspräsidenten, zehn Sitzen im Zentralamerikanischen Parlament und der Besetzung von rund 150 Bürgermeisterämtern (im Vergleich zu 107 der PAN und 13 der linken ANN), hätte das Ergebnis für die FRG nicht deutlicher ausfallen können.

Mit 1'171'571 Stimmen, was 68,3% aller abgegebenen Stimmen entspricht, gewinnt Portillo klar vor seinem Gegenspieler, dem Kandidaten der bisherigen Regierungspartei PAN, Oscar Berger, welcher 543'974 Stimmen, d.h. 31,7% erreichte. Obwohl der zweite Wahlgang während der Weihnachtsfeiertage stattfand, gingen mit 41% der stimmberechtigten Bevölkerung doch eine beträchtliche Anzahl WählerInnen an die Urne. (Im ersten Durchgang waren es 54% gewesen.) Portillo erreichte in sämtlichen 22 Departementen des Landes die Mehrheit. Der Wahltag verlief im Gegensatz zum ersten Durchgang ruhig, nur vereinzelt kam es zu Zwischenfällen oder wurden Unregelmäßigkeiten gemeldet, wie z.B. vorübergehende Stromausfälle. BeobachterInnen meldeten einen klaren Rückgang der Wahlbeteiligung der Frauen.

Was bedeutet nun der Sieg Portillos? Bereits im Vorfeld der Wahlen wurde vor allem seitens der Menschenrechtsorganisationen, der Gewerkschaften und der Volksorganisationen die Befürchtung geäußert, ein Sieg der FRG könne zur erneuten Militarisierung des Landes sowie zu Repression und gezielter 'sozialer Säuberung' führen, wie das während der achtziger Jahre unter dem Regime von Rios Montt der Fall gewesen war. Verschiedene Wahlanalysen kommen jedoch zum Schluss, dass die Bevölkerung die Massaker der achtziger Jahre verdrängt oder vergessen hat, bzw. nicht mit Portillo in Verbindung bringt. Viele Leute hätten auch nicht explizit für die FRG gewählt, sondern gegen die PAN.

Für Eddy Armas, Vertreter der Versammlung der Zivilgesellschaft (ASC), bedeutet der Wahlsieg Portillos eine

Herausforderung für die Zivilgesellschaft. Es werde für sie schwierig sein, mit der neuen Regierung an der Umsetzung der Friedensabkommen zusammenzuarbeiten, meinte er und weiter: "Die Bevölkerung muss sich darüber im klaren sein, dass viele der Wahlversprechen niemals eingelöst werden."

Auch Vitalino Similox, ehemaliger Vizepräsidentenchaftskandidat der ANN hofft, dass die Bevölkerung ihre Wahl für die ultrarechte Partei nicht bereuen muss. Der Sieg der FRG habe vielen ehemaligen Militärkommissaren und Ex-Zivilpatrouillisten (PAC) Auftrieb gegeben. Similox glaubt jedoch nicht, dass es wieder so wird, wie zur Regierungszeit Rios Montt's (1982-83). Heute sei die Opposition viel stärker und werde beweisen, dass sich die Dinge verändert haben. Die neue Regierung müsse akzeptieren, dass Guatemala dabei sei, sich zu einem Rechtsstaat zu entwickeln, in dem die Zivilgesellschaft, die indigenen Organisationen und die Frauen eine aktive Rolle übernehmen müssen und wollen, meinte Similox.

Portillo versprach während der Wahlkampagne sehr pauschal, er werde die Menschenrechte einhalten und sich insbesondere für die Aufklärung des Mordes an Bischof Juan Gerardi einsetzen. Er versprach, die Friedensabkommen einzuhalten und deren Umsetzung voranzutreiben. Er versprach Arbeit und Sicherheit. Dass dies überschwengliche Wahlversprechen waren, ist wohl allen klar, wieweit jedoch in diese Richtung gearbeitet werden kann, hängt davon ab, welche Linie innerhalb der FRG sich längerfristig durchsetzen wird. Erste Meinungsverschiedenheiten zwischen den 'Portillisten' und den 'Riosmonttisten' sind bereits aufgetreten bei der Frage um die Neubesetzung der Ministerien. (siehe Artikel *Unzufriedenheit innerhalb der FRG...*)

In seiner ersten Pressekonferenz nach dem Wahlsieg rief Portillo dazu auf, die Rhetorik des Wahlkampfes beiseite zu lassen und lud die ANN und die PAN dazu ein, sich an einem Regierungsabkommen (pacto de gobernabilidad) zu beteiligen, gemeinsam die noch hängigen Reformen durchzuführen und an der Zukunft des Landes zu arbeiten. Weiter versprach er, das Budget der Staatsanwaltschaft zu erhöhen, eine Alphabetisierungskampagne zu lancieren, die Steuern nicht zu erhöhen, auch wenn dies von der internationalen Gemeinschaft gefordert werde. Die Presse bat er, eine überwachende und kritische Funktion zu übernehmen und kündigte

an, den mit seinem Regierungsantritt am 14. Januar auslaufenden Vertrag mit *Avances*, der offiziellen Nachrichtensendung, nicht zu erneuern. Es sei die Aufgabe der unabhängigen Medien, die Bevölkerung zu informieren, meinte er, während sein Vizepräsident Francisco Reyes davon spricht, die Nachrichtensendung *Avances* durch 'Spots' zu ersetzen, für deren Produktion eine ehemalige CNN-Korrespondentin verantwortlich ist.

Erstaunen löste an dieser Pressekonferenz die Abwesenheit Rios Montt's aus, der während der Wahlkampagne kaum von der Seite seines 'Protegé' gewichen war. Portillo entschuldigte ihn, er sei in Livingston und ruhe sich dort aus. Es kursierte jedoch auch das Gerücht, Rios Montt habe gesundheitliche Probleme, was jedoch von Portillo bestritten wurde.

Alfonso Portillo ist zweifellos ein guter Redner. Im Wahlkampf hat er bei der Bevölkerung mit seiner populistischen Sprache Erfolg gehabt. Als Präsident hat er nun die Aufgabe, seine schönen Worte umzusetzen und zu beweisen, dass er, wie er immer betont, tatsächlich der "Präsident aller GuatemaltekenInnen" ist.

Liebe Leserin,
Lieber Leser

Sicher ist Ihnen aufgefallen, dass der ¡Fijáte! einen Farbtitel erhalten hat! Ist Ihnen auch aufgefallen, dass sich der Akzent verschoben hat? Dies hat jedoch keine politisch-inhaltlichen Hintergründe, sondern eine einfache sprachliche Erklärung: Meine Vorgängerin hat lange in Mexiko gelebt, wo die Betonung auf dem **i** von ¡Fijáte! (schau hin, pass auf!) ausgesprochen wird. In Guatemala hingegen wird das **a** von ¡Fijáte! betont. Und da wir sowieso neue Titelblätter drucken mussten, haben wir den kleinen Strich vom **í** aufs **á** verschoben.

Mit dieser ersten ¡Fijáte! -Ausgabe des Jahres erhalten sie die Jahresrechnung 2000 mit der Bitte um baldmöglichste Begleichung.

Herzlichen Dank!

Die Redaktion,
Barbara Müller
Die Aboverwaltung,
Christian Hagmann

Unzufriedenheit innerhalb der FRG über Verteilung von Regierungsposten

Guatemala, 14. Januar 2000. Die Feierlichkeiten der offiziellen Übernahme der Präsidentschaft durch Alfonso Portillo wurde überschattet von der Unzufriedenheit verschiedener FRG-Mitglieder über die Verteilung der MinisterInnen- und VizeministerInnenposten sowie anderer Schlüsselpositionen innerhalb des neuen Regierungskabinetts.

Portillo wird vorgeworfen, zu viele Posten, vor allem im ökonomischen Bereich, an ehemalige ChristdemokratInnen und SympathisantInnen der ehemaligen Guerilla vergeben zu haben. Einer der Vertrauensmänner Portillos ist denn auch der ehemalige Generalsekretär der *Christdemokratischen Partei Guatemalas* (DCG), Alfonso Cabrera Hidalgo. Obwohl er selber keinen Regierungsposten bekleidet, wird ihm ein grosser Einfluss auf Portillo nachgesagt.

Der andere einflussreiche Mann hinter Portillo ist Francisco Alvarado MacDonald. Er kommt aus der Finanzwelt und hat einen grossen Teil der Wahlkampagne der FRG finanziert. Die Freundschaft zwischen den beiden verstärkte sich, als Alvarado McDonald Portillo nach seiner Wahlniederlage gegen Arzú 1995 zum Berater seiner Banken machte. Zwei Söhne Alvarados wurden denn auch ins neue Kabinett von Portillo berufen.

Schon während der Wahlkampagne lud Portillo im Falle eines Wahlsieges seine politischen Gegner zu einem Regierbarkeitsabkommen ein. Entsprechend schwierig wird es für ihn nun, die verschiedenen politischen Strömungen zu einem harmonischen Funktionieren zusammenzubringen. Nach Ansicht des Analysten Hector Rosado wird das keine einfache Aufgabe sein. Schon während der Diskussionen über die Besetzung der verschiedenen Regierungsposten sei Portillo von Mitgliedern seiner eigenen Partei in Frage gestellt worden. Das Hin und Her über die Verteilung von Posten sei soweit gegangen, dass sich Portillo gezwungen gesehen habe, einige Ernennungen wieder rückgängig zu machen, so z.B. diejenige von Lizardo Sosa zum Präsidenten der Guatemalteki-schen Nationalbank. Die Zusammensetzung des Kabinetts erinnere ihn an das Jahr 1974, meinte Rosada, als Rios Montt mit Hilfe einer Mitte-Links-Koalition gewählt wurde, jedoch wegen eines Wahlbetrugs sein Amt nicht antreten konnte. Heute stünden auf der einen Seite die Gefolgsleute von Rios Montt (unter anderem der Vizepräsident Francisco Reyes) und auf der andern Seite versuche Portillo, mit der Linken zu paktieren.

Die Ernennung des neuen Kabinetts fand am 14. Januar dann auch in Abwesenheit zahlreicher FRG-Mitglieder statt. Zu seiner Verteidigung erklärte Portillo auf einer Pressekonferenz, sämtliche Ernennungen hätten in Absprache und mit Einverständnis von Rios Montt stattgefunden. Er sei sich der Schwierigkeit der Aufgabe bewusst, die verschiedenen Strömungen unter Kontrolle zu halten, traue sich das jedoch zu, denn schliesslich "komme ich aus der Linken, verstehe die Mitte und habe mit der Rechten zusammengearbeitet".

Schlussendlich wurden die Ministerien wie folgt verteilt:

Raúl Archila, Ministerium für Energie und Minen: Seine Wahl wird vor allem von Öl- und Treibstoffindustriellen kritisiert, da Archila einen hohen Posten in einer Öl-Transnationalen innehat.

Otilia Lux de Cotí, Kulturministerin: Ihr wird vor allem von der Linken vorgeworfen, vergessen zu haben, wie sie noch bis vor kurzem, als Mitglied der Wahrheitskommission, über Rios Montt gesprochen habe und ihn einen Völkermörder genannt habe. Sie selber meinte in einem Interview, Portillo habe sein Versprechen einer pluralistischen Regierung ernst genommen, und sie als Indigena-

Frau eingeladen, daran teilzunehmen.

Luis Rabbé, Ministerium für Verkehr und Kommunikation: Ihm wird, als ehemaligem Direktor von *Avances*, seine Beziehung zu verschiedenen Radio- und Fernsehunternehmen vorgeworfen. Er ist einer der Vertrauensmänner von Portillo.

Juan Francisco Alfaro, Arbeitsminister. Alfaro ist Generalsekretär der Föderation der Gewerkschaftseinheit Guatemalas (CUSG).

Mario Torres, Erziehungsminister: Ihn kennt Portillo aus der Zeit, als beide im mexikanischen Exil lebten. Torres kam erst vor fünf Wochen nach Guatemala zurück.

Weiter wurden ernannt: Gabriel Orellana (FRG) fürs Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, Guillermo Ruiz Wong zum Innenminister, Eduardo Weymann (FRG) zum Wirtschaftsminister, Roger Valenzuela zum Agrarminister, Manuel Hiram Maza Castellanos fürs Ministerium für öffentliche Finanzen, Mario Bolaños (FRG) zum Gesundheitsminister sowie, am meisten umstritten, Juan de Dios Estrada Velásquez zum Verteidigungsminister.

Das Friedenssekretariat SEPAP steht unter Leitung von Rubén Calderón und Miguel Angel Reyes, beides ehemalige Mitglieder der URNG.

Zukünftiger Leiter des Friedensfonds FONAPAZ ist der Kongressabgeordnete Aristides Crespo. Der Fonds für soziale Investition (FIS) wird von Iván Arévalo geleitet. Diese beiden Sozialfonds verwalten zusammen rund zwanzig Millionen US-\$ und werden von Gefolgsleuten Rios Montt's geleitet.

Edgar Gutiérrez, Koordinator des Projektes zur Wiedererlangung des historischen Gedächtnisses (REMHI) der katholischen Kirche sowie der ehemalige Gewerkschafter Víctor Moreira werden das *Sekretariat für strategische Analysen* besetzen, dessen Hauptaufgabe in der Begleitung und Umsetzung der Friedensabkommen besteht sowie in der strategischen Ausarbeitung des Regierbarkeitsabkommens. Auch Gutiérrez wird von Teilen der Linken vorgeworfen, mit seiner Teilnahme am neuen Kabinett der Regierung Portillos zu einem demokratischen und pluralistischen Image zu verhelfen.

Soweit die Ausgangslage. Im Verlauf der vier Jahre FRG-Regierung werden sich die Koalitionen und Feindschaften inner- und ausserhalb der FRG sicher noch häufig verändern!

¡Fíjate!

Herausgeber:
Verein ¡Fíjate!
2502 Biel
PC: 30-516068-6
Redaktion und Abos:
¡Fíjate!
c/o Barbara Müller
Bözingenstrasse 33
2502 Biel
Tel. 032/ 341 90 80
E-Mail:
barbara-m@bluewin.ch
Jahresabo: 100.- Fr.
Auslandabo: 120.- Fr.
Förderabo: ab 200.- Fr.

**Erscheinungsweise vierzehn
täglich.**

**Nachdruck mit Quellenangabe
erwünscht.**

Spanischer Gerichtshof akzeptiert Klage Menchú's

Guatemala, 19. Dezember 1999.

Der Oberste Spanische Gerichtshof hat die Klage der Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú gegen sechs Militärs und zwei Zivile wegen Völkermord, Folter und Staatsterror geprüft und angenommen (siehe Fijáte Nr. 200).

Der zuständige spanische Richter, Guillermo Ruiz Polanco sprach eine Frist von zehn Tagen aus, innerhalb der die Anklage bestätigt werden muss, was Menchú unverzüglich tat. Das weitere Vorgehen der spanischen Justiz sieht nun die genaue Prüfung der Anklage durch den Richter Ruiz Polanco und die Weiterleitung an die Staatsanwaltschaft vor. An die Klage gegen Efraín Ríos Montt, Oscar Humberto Mejía Víctores, Fernando Romeo Lucas García, Angel Aníbal Guevara Rodríguez und Benedicto

Lucas García schlossen sich in Guatemala weitere Sektoren an.

Gleichzeitig reichte der Anwalt der Militärs, Julio Cintrón Gálvez bei der guatemaltekischen Staatsanwaltschaft eine Klage gegen Rigoberta ein, wegen Vergehen gegen die Verfassung, Unterlassung von Anklage, Verrat am Vaterland sowie Angriff auf die Sicherheit und Unabhängigkeit des Staates.

Laut Cintrón Gálvez verstößt die Aktion Menchú's, im Ausland guatemaltekische Staatsangehörige anzuklagen, mit der Begründung, die guatemaltekische Justiz funktioniere nicht, gegen die Souveränität und Einheit der Nation und müsse mit zehn bis zwanzig Jahren Gefängnis bestraft werden.

Der Bruder des angeklagten General und Kongresspräsidenten Efraín Ríos

Montt, Erzbischof Mario Ríos Montt ist ebenfalls der Meinung, dass Menchú zuerst die nationalen Gerichte hätte einschalten sollen. Im Falle einer Niederlage hätte sie dann immer noch an die internationalen Gerichte gelangen können. Des weiteren sei er nicht über den Inhalt der Klage Menchú's gegen seinen Bruder informiert, meinte der Erzbischof.

Menchú begründet ihre Anklage in Spanien damit, dass z.B. im Fall des Brandattentates auf die spanische Botschaft, bei dem nebst anderen ihr Vater umkam, seit neunzehn Jahren nichts mehr passiert sei. Sie habe die Anklage im Januar 1981 eingereicht und in den ersten sechs Monaten sei einzig das Delikt von 'Völkermord' auf 'Mord' verändert worden. Seither sei nicht einmal mehr der Deckel der Akte geöffnet worden.

Rücktritt des Staatsanwaltes Fernando Mendizábal

Guatemala, 11. Januar 2000. Der für die Ausgrabungen in der ehemaligen Militärpolizei (PMA) sowie für den 'Fall Moreno' zuständige Staatsanwalt, Fernando Medizábal, hat am 3. Januar seinen Rücktritt bekanntgegeben.

Die Kündigung tritt am 15. Januar in Kraft und hat laut Miguel Angel Albizures von der *Vereinigung der Familienangehörigen von Verschwundenen* FAMDEGUA politische Ursachen: Meinungsverschiedenheiten mit dem neuen Präsidenten der Republik, Alfonso

Portillo. Mendizábal hat seinen Rücktritt im Falle eines Wahlsieges Portillos schon letztes Jahr angekündigt.

Zur Nachfolgerin von Mendizábal wurde Rosario Acevedo Peña ernannt.

Durch den Rücktritt werden die von Mendizábal betreuten Fälle eine Verzögerung erleiden. Im Fall der Ausgrabungen in der ehemaligen Militärpolizei verschleierte die Staatsanwaltschaft seit längerem die Untersuchung. Schon anfang Dezember forderte FAMDEGUA die Herausgabe der zu 26 Autoschildern zusam-

mengesetzten 440 Metallstücke, welche bei den Ausgrabungen in den Räumen der ehemaligen Militärpolizei gefunden worden sind. Die Menschenrechtsorganisationen hätten ein Recht darauf, die Autnummern zu kennen und sie mit denjenigen zu vergleichen, die von Familienangehörigen von Verschwundenen bei ihnen gemeldet wurden.

Ausserdem forderte FAMDEGUA, die Ausgrabungen auf andere Teile des Geländes der ehemaligen Militärpolizei auszuweiten.

Dritter Jahrestag der Unterzeichnung der Friedensabkommen

Guatemala, 29. Dezember. Anlässlich des offiziellen Aktes zur Feier des dritten Jahrestages der Unterzeichnung der Friedensabkommen, freute sich Präsident Alvaro Arzú in seiner Ansprache darüber, dass die über tausend Tage, die seine Regierung in den Aufbau eines dauerhaften Friedens investiert hat, langsam Früchte trägt. Bei dem Anlass überreichte Arzú die Originale der unterschriebenen Dokumente dem Direktor des Zentralamerikanischen Generalarchivs, Julio Galicia Díaz.

Die Verantwortliche des Friedenssekretariats, Raquel Zelaya, informierte über die Eröffnung des 'Friedensmuseums'. In diesem Museum sollen laut Zelaya nationale und ausländische BesucherInnen einen Eindruck davon bekommen, was für die GuatemaltekenInnen 36

Jahre Krieg sowie 10 Jahre Friedensverhandlung bedeutet habe und wie sich das Land in der Nachkriegszeit entwickelte. Ausgestellt werden unter anderem Photographien, Möbel und Texte aus der Zeit des bewaffneten Konfliktes.

Die Feierlichkeit fand unter Anwesenheit der Botschafter Japans, Taiwans und Spaniens, der VertreterInnen von MINUGUA und sämtlicher hohen StaatsfunktionärInnen statt. Auffällig war die Absenz der ehemaligen Führung der URNG, einzig Ricardo Rosales und Arnoldo Noriega waren anwesend.

Die Militanten der URNG ihrerseits versammelten sich zu einem Marsch auf den Zentralfriedhof, wo sie das Grab des ehemaligen Kommandanten Rolando Morán (Ricardo Ramírez) besuchten, um ihn und seinen Beitrag am Friedenspro-

zess zu ehren.

In Mazatenango beging die URNG den Jahrestag der Unterzeichnung der Friedensabkommen mit einer Fotoausstellung. Ausserdem wurde eine Broschüre verteilt, welche über die Epoche berichtet, die mit der Unterzeichnung der Abkommen zu Ende ging. Die Ausstellung wurde im Park von Mazatenango aufgebaut und enthielt Fotos vom Beginn des bewaffneten Konfliktes, aus der Zeit der Verhandlungen, vom Tag der Friedensunterzeichnung vor drei Jahren sowie Porträts von verschiedenen historischen Persönlichkeiten. Laut Carlos Enrique Tiguilá, dem Verantwortlichen der URNG-Aktivitäten in Mazatenango, zeigt die Ausstellung in sehr eindrücklicher Weise die Beteiligung der Frauen am bewaffneten Konflikt.

Efraín Ríos Montt, Präsident des Kongresses

Guatemala, 15. Januar 2000. "Es wird keine Diskriminierung aus politischen Gründen geben, es geht darum, die Harmonie und den Dialog mit allen Abgeordneten zu suchen", versprach Ríos Montt bei seiner Antrittsrede als Präsident des Kongresses. Seine erste Aktivität in dieser Funktion sei die Reform des Armeegesetzes, damit es dem neuen Präsidenten möglich sei, einen zivilen Verteidigungsminister zu ernennen, gab er bekannt. Die nächsten Traktanden seien die Auflösung des Präsidialstabes (EMP) und der Präsidialgarde, die Reform des Wahlgesetzes sowie die Unterstützung der Friedensabkommen.

Die Verabschiedung der abtretenden Kongressmitglieder und die Vereidigung der neuen fand mit dreistündiger Verspätung statt, da es zu Zwischenfällen unter den neuen und den scheidenden Abgeordneten der PAN kam. Der abtretende Kongressvorstand, unter Führung von Leonel López Rodas, wollte verhindern, dass ihre Parteigenossen Héctor Cifuentes und Mariano Rayo vereidigt wurden. Die beiden seien während ihrer Kandidatur nicht von ihren Ämtern zurückgetreten. Die Vereidigungskommission entschied jedoch, dass es bei niemandem der insgesamt 113 Abgeordneten Umstände gibt, die

eine Vereidigung verunmöglichten.

Unter Protest wurde der Kongressvorstand vereidigt, der ausschliesslich aus Mitgliedern der FRG besteht. Der Abgeordnete der linken ANN versicherte, seine Partei würde nicht in den Vorstand eintreten, da dieser nicht demokratisch arbeite und es ihm an einer analytischen Sichtweise fehle.

Die PAN ihrerseits verweigerte ihre Mitarbeit in dem für ein Jahr gewählten Vorstand mit der Begründung, sie lasse sich nicht auf eine Ko-Regierung mit der FRG ein, bevor diese nicht bewiesen habe, dass sie ihre Pflicht erfülle.

BürgermeisterInnen treten ihr Amt an

Guatemala, 15. Januar 2000.

Einen Tag nach dem Präsidenten und dem Kongress wurden auch die neugewählten BürgermeisterInnen vereidigt und traten ihr Amt an. Die zum Teil heftigen Auseinandersetzungen, die nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse in einigen Gemeinden begannen, blieben diesmal aus. Einzig in fünf Gemeinden kam es zu Zwischenfällen bei der Amtsübernahme der neuen Bürgermeister.

Die FRG besetzt 153 Bürgermeisterämter, die PAN 108, 25 gehen an die verschiedenen BürgerInnenkomitees, vierzehn an die ANN, die Christdemokraten besetzen zehn, die Demokratische Front Neues Guatemala (FDNG) fünf und die Demokratische Union/Grüne Organisation vier.

Einen Tag vor der Einsetzung zählten noch rund 200 der insgesamt 330 BürgermeisterInnen nicht mit der Bestätigung des Finanzamtes über ihre letzte Jahresrechnung. Unter anderem ist dies beim Bürgermeister von Quetzaltenango, Rigoberto Quemé Chay der Fall. Quemé Chay hat wegen seiner umstrit-

tenen Wiederwahl noch ein Verfahren hängig. Er wurde zwar vereidigt, wird aber vorläufig vom ersten Gemeinderat, Martín de Paz, vertreten.

Zu Zwischenfällen bei der Amtseinstellung der Bürgermeister kam es in folgenden Gemeinden:

In Chuarrancho, Guatemala, drohte die Bevölkerung damit, den wiedergewählten Bürgermeister der PAN zu lynchen.

In Concepción, Solola, versuchte die Bevölkerung dem Bürgermeister den Zutritt zum Amtshaus zu verwehren.

In San Lorenzo, San Marcos, wurden bei den Zwischenfällen um die Amtseinstellung von Javier Mayorga (FRG) 17 Personen verhaftet.

Der wiedergewählte Bürgermeister von Chiquimulilla, Santa Rosa, Mario Melgar musste in einem Tourismuszentrum am Meer vereidigt werden, da Mitglieder eines Dorfkomitees die Gemeinde umstellt hielten. Mario Melgar wird vorgeworfen, in seiner letzten Amtszeit Gelder veruntreut zu haben. "Wir glauben weder an die Heiligen Drei Könige,

noch an das Wahlgericht noch an das guatemaltekeische Justizsystem," meinte ein Vertreter des Komitees.

In Tactic, Alta Verapaz, trat der erste Gemeinderat das Amt des Bürgermeisters an, nachdem dieser mehrere Stunden entführt und mit dem Tode bedroht wurde.

Bereits im vergangenen Dezember haben sich die von den verschiedenen BürgerInnenkomitees (Comité Civico) aufgestellten BürgermeisterInnen zusammenschlossen, um sich zu vernetzen, gemeinsame Strategien zu verfolgen, gemeinsame Beratung beizuziehen und gegenseitig von ihren Erfahrungen zu profitieren.

Einig sind sich alle politischen Lagern darüber, dass die Verwaltung dezentralisiert werden und den Gemeinden mehr Autonomie zugesprochen werden muss. Und auch wenn die neu eingesetzten BürgermeisterInnen in ihren Reden versprochen, ehrlich und bescheiden zu sein, ist doch auffällig, dass oft die BürgermeisterInnen von Gestern die reichsten der Gemeinde von Heute sind.

Capitán Maria gestorben

Guatemala, 3. Januar 2000. Rosa Griselda Orantes, alias Capitán Maria ist im Alter von 53 Jahren an einer unheilbaren Krankheit gestorben.

Sie stammte aus einer Kaffeeplantagenfamilie, welche ihr das Studium in Privatschulen ermöglichte. Nichtsdestotrotz trat sie im Jahre 1967 zusammen mit zwei Brüdern der *Fuerzas Armadas Rebeldes* FAR, bei. Zusammen mit ihrem Lebensgefährten, dem Kommandanten Pablo Monsanto, heutiger Generalsekre-

tär der Partei URNG, spielte Rosa Griselda Orantes eine wichtige Rolle in der Erarbeitung der theoretischen Grundlagen, welche die Entwicklung der Guerillaorganisation ermöglichte.

Sie war Mitglied der nationalen Führung der FAR während der achtziger Jahre und arbeitete "auf allen Ebenen des revolutionären Kampfes, in der Stadt und in den Bergen, im In- und Ausland", hiess es im Beileidsschreiben der URNG.

Comandante Maria half mit, die Widerstandsdörfer zu organisieren sowie bei der Entwicklung des internen Kommunikationssystems der FAR.

Ausserdem organisierte sie den Transport von Waffen, lebte eine Zeit in Nicaragua und Mexiko, von wo aus sie den revolutionären Kampf unterstützte.

Mit ihrer Arbeit brach sie fixe Schemen und Vorurteile. "Wer sie kannte, hat ihre Stärke und ihre Persönlichkeit geschätzt", heisst es im URNG-Schreiben.

Estrada Velasquez, Verteidigungsminister

Guatemala, 14. Januar 2000. Im Vorfeld der Ernennung des Verteidigungsministers fand eine kontroverse Diskussion darüber statt, ob es ein ziviler Verteidigungsminister sein kann oder ob er einen militärischen Rang innehaben muss. Ursprünglich verkündete Portillo, er werde einen Zivilisten zum Verteidigungsminister ernennen. Dies forderten auch verschiedene Menschenrechtsorganisationen mit der Begründung, die Entmilitarisierung der guatemalteckischen Gesellschaft könne nur unter Leitung einer Person stattfinden, die nie in Zusammenhang mit den Menschenrechtsverletzungen während des Krieges stand.

Die guatemalteckische Verfassung verlangt jedoch einen Oberst oder General als Verteidigungsminister. Die entsprechende Verfassungsänderung, welche es ermöglicht hätte, einen Zivilisten

zum Verteidigungsminister zu ernennen, wurde vom Volk mit der Ablehnung der Verfassungsreform im letzten Mai verworfen. Laut einem Vertreter der Versammlung der Zivilgesellschaft (ASC) spielt es keine Rolle, wer Verteidigungsminister ist, solange die Militärdoktrin nicht grundsätzlich und von einem zivilgesellschaftlichen Standpunkt aus überarbeitet werde und die Empfehlungen der Wahrheitskommission nicht ernst genommen würden. Alles andere sei blosse Kosmetik.

Zum Verteidigungsminister ernannt wurde schlussendlich der Oberst Juan de Dios Estrada Velásquez. Dies hat die automatische Degradierung resp. Pensionierung von insgesamt 19 Generälen zur Folge, da es die guatemalteckische Militärstruktur nicht erlaubt, dass ein rangniedriger Oberst einem ranghöheren General Befehle erteilt. Wie ein Kübel

kalt Wasser traf deshalb diese Nachricht die Militärführung. Der bisherige Verteidigungsminister, Marco Tulio Espinosa, der selber den Rang eines Generals innehat, wollte keine Stellung zur Ernennung Estrada Velásquez abgeben.

Wer ist Juan de Dios Estrada Velásquez? Während der Friedensverhandlungen 1995 war er Kommandant der Kaserne Playa Grande, Ixcán, wo er laut *Prensa Libre* das Vertrauen der Guerilla gewann. Ab Februar 1997 war er Kommandant der Militärkaserne in Quetzaltenango und die letzte Zeit verbrachte er als Militärattaché in Honduras. Des weiteren teilte Portillo mit, dass der Generalstab des Präsidenten (EMP), dessen Auflösung in den Friedensabkommen festgehalten ist, den Rang eines Regierungssekretariates erhält, das unter die Leitung des Zivilisten Ricardo Marroquín Rosada gestellt werde.

Militär mit neuem Leitbild?

Guatemala, 17. Dezember 1999. Als eine ihrer letzten Amtshandlungen präsentierten der abtretende Präsident Alvaro Arzú in seiner Funktion als oberster Befehlshaber des Militärs und der (unterdessen ebenfalls ersetzte) Verteidigungsminister Marco Tulio Espinosa, die neue Militärdoktrin. Zu diesem Anlass eingeladen waren die Rektoren der verschiedenen Universitäten, Diplomaten sowie weitere Gäste.

Im Dokument festgehalten sind die Richtlinien für eine Armee in Friedenszeiten, unter Einhaltung der Menschenrechte, Respektierung der Verfassung und der Gesetze.

Verteidigungsminister Marco Tulio Espinosa bezeichnete in seiner Ansprache das neue Leitbild als 'die Bibel der Armee', betonte jedoch, dass das Militär offen sei, Meinungen und Änderungsvorschläge zum Leitbild entgegenzunehmen, sofern es in den Vorschlägen um Interessen der Gesellschaft und nicht um persönliche Interessen ginge.

Der Leiter der Mission der Vereinten Nationen für Guatemala (MINUGUA), Jean Arnault, seinerseits betonte, dass "dieses Projekt, das heute von der Regierung überreicht worden ist, erst der Anfang einer Debatte ist, welche von den verschiedenen Sektoren geführt werden muss." Damit bezog sich Arnault auf die verschiedentlich geäußerte Kritik, unter anderem seitens der URNG und der Begleitkommission der Friedensabkommen, die zur Erarbeitung des neuen Leitbildes nicht beigezogen wur-

den. Arnault anerkannte, dass das vorgestellte Leitbild den Vereinbarungen des *Friedensabkommen zur Stärkung der Zivilgesellschaft und der Funktion des Militärs in einer demokratischen Gesellschaft* entspricht. Er äusserte jedoch seine Kritik in drei Punkten, welche die Souveränität der Nation, die Zusammenarbeit mit andern Institutionen des Staates und die Transparenz betreffen.

Auch die Menschenrechtsaktivistin Helen Mack kritisierte das neue Leitbild der Armee. Solange das Militär weiterhin Menschenrechtsverletzungen begehe, decke und verstecke, nütze das schönste Leitbild nichts, meinte sie.

Der Vertreter der Versammlung der Zivilgesellschaft (ASC), Eddy Armas, sieht im neuen Leitbild der Armee keine wesentlichen Neuerungen. Das Militär passe sich lediglich den veränderten Umständen an, behalte jedoch seine Machtposition. Es seien keinerlei fundamentalen Änderungen in Bezug auf seine Funktion in einer demokratischen Gesellschaft im Dokument vorhanden, kritisierte Armas.

Die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú meinte, das Leitbild des Militärs müsse unbedingt vom Volk mitbestimmt sein und empfindet es als einen Affront, dass dieses bisher nicht miteinbezogen wurde.

Grundsätzlich wird am der neuen Doktrin kritisiert, dass der im Dokument enthaltene 'geschichtliche Abriss' die Methoden der Aufstandsbekämpfung

des Militärs gegenüber der Guerilla mit keinem Wort erwähnt. Ebenso hat das Militär nach wie vor die Erhaltung der inneren Sicherheit zur Aufgabe und der Militärdienst bleibt weiterhin obligatorisch, zwei Punkte, die mit der abgelehnten Verfassungsänderung hätten modifiziert werden sollen.

Der neugewählte Kongressabgeordnete der FRG und Ex-Militär Byron Barrientos kündigte an, seine Partei, welche die Mehrheit im Kongress hat, werde im Jahr 2000 die neue Militärdoktrin durch den Kongress revidieren lassen. Um das Militär umzustrukturieren genüge dies nicht, es müssten Änderungen im Armeegesetz vorgenommen werden. Im Gegensatz zu Espinosas Vergleich mit der Bibel, bezeichnete Barrientos das vorgestellte Leitbild als eine Reihe von Richtlinien, die jedoch nicht in Stein gemeißelt, sondern veränderbar seien. Zu einer solchen Revision würde der Kongress nicht nur das Militär beziehen sondern auch die Zivilgesellschaft und die Menschenrechtsorganisationen, meinte Barrientos.

In der ersten Sitzung des neuen Kongresses hat der FRG-Abgeordnete Aristides Crespo denn auch eine Initiative zur Reform des Militärgesetzes vorgelegt. Das Reformprojekt enthält insgesamt fünfzehn Gesetzesänderungen. Hauptziel der Reform ist die Auflösung des Generalstabs des Präsidenten (EMP) und die Möglichkeit, einen Zivilisten zum General und somit zum Verteidigungsminister ernennen zu können.